

DIETRICH STARITZ

## Widerstand und Opposition, Dissidenz und Resistenz in der DDR<sup>1</sup>

Der Titel könnte den Eindruck erwecken, als wollte ich im folgenden allen in ihm genannten Formen von abweichendem Verhalten in allen Phasen der DDR-Entwicklung nachgehen und versuchen, DDR-Geschichte unter dem Aspekt der stets konflikthaltigen Beziehungen von Staat und Gesellschaft zu bilanzieren. Das wäre sicher nützlich, ist aber gegenwärtig schon deshalb nicht zu leisten, weil der bislang erreichte Forschungsstand mehr als vorläufige Aussagen nicht zuläßt. Vorgelegt werden vielmehr einige Anmerkungen zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen kritisch-abweichenden Verhaltens, das sich im Laufe der Jahre ebenso veränderte wie seine sozialen und politischen Bedingungen. Die »großen« Zusammenhänge, in denen Überlegungen wie diese immer stehen – gleich ob sie thematisiert werden oder nicht –, können nur in einigen Vorbemerkungen angesprochen werden, an ihre internationale Dimension (mit Blick auf die Lagerkonfrontation wie die Intradblockstrukturen) sei wenigstens erinnert.

Wahrscheinlich wurde seit dem Ende der DDR über kein Thema so intensiv gearbeitet wie über »Opposition und Widerstand«. Die Mehrzahl der Untersuchungen, zumeist auf die dichten Überlieferungen des MfS gestützt, galt den achtziger Jahren – und auf ihnen wie auf den Siebzigern liegt auch der Schwerpunkt des im letzten Jahr erschienenen umfangreichen Werkes von Ehrhart Neubert<sup>2</sup>. Daneben konzentrierten sich viele auf den 17. Juni<sup>3</sup>, und generell gelten die meisten dem Aufarbeiten regionaler oder lokaler »Fälle«. So weit ich sehen kann, fehlt bisher ein Versuch, die aufgefundenen Phänomene unter generalisierenden politikwissenschaftlichen oder sozialgeschichtlichen Aspekten mit Blick auf die ganze DDR-Geschichte zu systematisieren<sup>4</sup>.

Da sich das Interesse der zumeist engagierten Rechercheure verständlicherweise auf die widersetzlichen Akteure konzentrierte bzw. auf ihren Widerpart, in der Regel Partei und Staat (zumeist in Gestalt des detailversessenen MfS), die »übrige« Gesellschaft zumeist aber nicht in den Blick genommen wurde, vermitteln viele dieser Studien, teils volens, teils nolens, das Bild einer weithin widersetzlichen, zumindest durchgängig unangepaßten Gesellschaft und eines Staates, der recht eigentlich von seiner Gründung an seiner Liquidation entgegenging. Es ist dies eine Sicht, die sich markant in der Anlage wie im Titel der Arbeit von Mitter und Wollé aus dem Jahre 1993 niederschlug, in ihrem »Untergang auf Raten«<sup>5</sup>, in dem sie aus den Stasi-Akten die Erschütterungen der DDR u.a.

Dietrich Staritz – Jg. 1934, Prof. Dr., geboren in Berlin; studierte nach einer Banklehre Wirtschaftswissenschaften, Politologie und Soziologie in Berlin (u.a. an der Humboldt-Universität); war Redakteur beim »Spiegel«, habilitierte sich, war Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und später Geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte der DDR am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. Lebt heute in Karlsruhe. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Entwicklung der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik, u.a.: »Sozialismus in einem halben Lande« (1976), »Das Parteiensystem der Bundesrepublik« (Hrsg., 2. Auflage 1980), »Geschichte der DDR« (erw. Neuausgabe 1996).

1 Leicht überarbeitete Fassung eines Textes, der am 8.1.1998 im Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« in Babelsberg vorgetragen wurde.

2 Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.

3 Vgl. etwa: die von Ilko-Sascha Kowaltchuk, Armin

Mitter und Stefan Wolle herausgegebenen Studien: Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54«, Berlin 1995.

4 Anregende Ansätze enthält der unlängst von Detlef Pollack und Dieter Rink herausgegebene Band: Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR. 1970 – 1989, Frankfurt/M.- New York 1997, vgl. insbesondere S. 7 ff., S. 252 ff.

5 Armin Mitter, Stefan Wolle: Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

durch den 17. Juni, den XX. Parteitag und den Prager Reformkommunismus mit Blick auf das Jahr 1989 rekonstruierten.

Solche Porträtstudien der ostdeutschen Gesellschaft erinnern ein Stück weit – und das ist ein Aspekt, unter dem Texte zu dieser Problematik häufig bedacht werden – an jene Skizzen, die insbesondere während der siebziger Jahre über die Befindlichkeit der großdeutschen Volksgemeinschaft zwischen den dreißiger Jahren und dem Kriegsende vorgelegt worden waren. In ihnen gab es (neben den markanten Akteuren des Widerstandes und neben rassistisch Verfolgten) nachgerade keine Schicht, Gruppe oder Institution (außerhalb des inneren Machtzirkels) mehr, der nicht eine wenigstens teiloppositionelle Haltung bzw. Resistenz attestiert werden konnte. Erst seit den Achtzigern – befördert durch die Studien über Bayern unter dem Nationalsozialismus, die Martin Broszat und das Münchner Institut für Zeitgeschichte auf den Weg gebracht hatten – setzte sich die Erkenntnis durch, daß nicht Opposition, Widerstand oder widersetzliche Unangepaßtheit das Verhalten der deutschen Gesellschaft bestimmt hatten, sondern eine Melange aus zustimmender Anpassung und partieller Resistenz (eine Art kulturelle Imprägnierung, bewirkt z.B. durch religiöse oder andere stabile weltanschauliche Bindungen), die die volle Akzeptanz des ganzen NS ver- oder zumindest behinderte.

Nun soll diese Erinnerung an Ergebnisse der westdeutschen Widerstandsforschung nicht zu dem Gedanken verleiten, eine entsprechend differenzierte Analyse der in der DDR dominanten Haltungen werde letztlich zu denselben Resultaten führen. Das ist aufgrund der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse und ihrer – so weit wir das heute wissen – unterschiedlichen sozialen Akzeptanz nicht zu erwarten. Und hierauf zielt eine weitere Vorbemerkung: Obwohl auch in der DDR-Gesellschaft – vor allem seit dem Mauerbau – massenhaft nach Wegen gesucht wurde, individuelle Lebensentwürfe, abweichende Werte, Interessen, Überzeugungen und Haltungen möglichst konfliktfrei im Rahmen oder am Rande der politisch gebilligten Wertehierarchie und der gegebenen Strukturen zu realisieren, sie also irgendwie in das offiziell Sanktionierte einzupassen, trotz dieser in NS- wie in DDR-Zeiten verbreiteten Bereitschaft zum Arrangement also, sprechen insbesondere die erwähnten Unterschiede der Machtstrukturen und ihre unterschiedliche Hinnahme durch die Gesellschaft gegen ein Gleichsetzen von kollektivem Verhalten und kollektiver Befindlichkeit unter der NS- und der SED-Herrschaft. Denn obwohl für beide Systeme der Verzicht auf demokratische Verfahren, durchgängig wirksame rechtsstaatliche Garantien oder auf Meinungs- und Organisationsfreiheit charakteristisch war, obwohl zudem in beiden verbindliche »Weltanschauungen« sowie die Repressionsapparate eine erhebliche, machtstabilisierende Rolle spielten, zeigt ein Vergleich der ideologischen Begründungen und ihrer herrschaftswirksamen Konsequenzen doch markante Unterschiede. Dort: der letztlich eliminatorische Rassismus und militaristische Expansionismus der angeblich zur Weltherrschaft berufenen arischen, in Führer und Gefolgschaft geordneten Herrenmenschen. Hier: die »Diktatur des Proletariats« genannte, sozial wie kulturell neu differenzierende

(intentional: eingleichende) Erziehungsdiktatur einer vermeintlich ebenso ziel- wie wegsicheren Partielite.

So gewiß also die Machtverhältnisse unter dem Nationalsozialismus wie unter der SED nichtdemokratisch waren, scheint es mir doch wenig hilfreich, sie angesichts der markanten Differenzen in der Herleitung und den Outputs der Systeme dem selben Machttypus zuzuordnen, heiße er nun totalitäre Herrschaft oder Diktatur bzw. moderne Diktatur<sup>6</sup>. Hinzu kommt, daß in dieser Komparatistik, die gemeinhin vor allem die Bedeutung von Ideologien, politischen Systemen und Methoden der Machtausübung untersucht, zwei Momente der Herrschaftswirklichkeit zu kurz kommen: die soziale Trägerschaft und die Akzeptanz der Machtverhältnisse. Beide Interpretationsmodelle, der Totalitarismus- wie der Diktaturansatz, deren (gleichsam positive) Referenzmodelle ja Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaat sind, unterstellen vielmehr implizit eine systemnotwendige Dichotomie, wenn nicht gar einen Antagonismus von Herrschenden und Beherrschten und können Abweichungen von dieser Konstellation nur schwer erklären, allenfalls beim Blick auf die Entstehungsphase dieser Ordnungen, nicht aber hinsichtlich ihrer Dauer. Gerade das aber wäre für eine vergleichende Forschung von Belang, die nicht nur nach strukturellen Ähnlichkeiten sucht (etwa um so zusammen mit der DDR-Geschichte auch die des NS zu entsorgen), sondern präzisere Kenntnisse über das Verhältnis von Gesellschaft und politischer Ordnung anstrebt. Und diese sind natürlich insbesondere beim Blick auf Konfliktlagen von Bedeutung. Aber auch hier mag eine Vorbemerkung genügen, denn mittlerweile ist unstrittig, daß der mörderische Nazifaschismus nahezu bis zu seinem Ende von der Majorität, der »Volksgemeinschaft«, getragen wurde, während die SED-Führung – so jedenfalls scheint es bislang – ihre Macht zu keinem Zeitpunkt auf eine nur annähernd so breite, zustimmende Mehrheit stützen konnte und wohl auch deshalb seit 1946 davon absah, ihre Machtausübung durch demokratische Verfahren bestätigen zu lassen.

Das bedeutete allerdings nicht, daß ihr während ihrer ganzen Herrschaft jedwede Legitimation fehlte. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß sie ihr in gewissem Maße und nicht nur zeitweilig zuwuchs – kraft zustimmungsfähiger Herrschaftsleistungen etwa in der Gesellschafts-, Bildungs- oder Sozialpolitik, im Sport oder im Wohnungsbau. Und das wiederum führte wohl auch bei vielen zu jenem seit Max Weber oft zitierten Legitimitätsglauben, zur Annahme, die Herrschaft sei rechtens (oder doch wenigstens gerechtfertigt), wenn sie zu gemeinwohldienlichen, im Falle der DDR: wohlfahrtsstaatlichen Outputs fähig ist<sup>7</sup>.

Grundsätzlich freilich – und auch an diesen Bezug kann nur erinnert werden – war derlei Legitimation durch Verfahren oder sozialstaatliche Effizienz für die Machtelite ebenso verzichtbar wie ein Legitimitätsglaube in der Gesellschaft. Zur Rechtfertigung ihres Machtanspruchs reichte es ihr recht eigentlich hin, sich auf ihre Ideologie zu berufen, sich mit Lenin als die Wegbereiterin eines historisch Notwendigen zu begreifen, als jene konzeptionell stets besserwissende Partei neuen Typus die – mit unverstellter

6 Die eher normativen, an den Konturen eines Idealtyps orientierten Lesarten würdigend (für die Totalitarismus-Ansätze etwa: Eckhard Jesse: War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, [APuZ], B 40/94 v. 7.10.1994, S.12 ff., für die Diktatur-These u.a. Günther Heydemann, Eckard Jesse [Hrsg.]: Diktaturvergleich als Herausforderung, Berlin 1998, für den Approach »Moderne Diktatur« Jürgen Kocka: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem, in: Ders.[Hrsg.]: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993), läßt jetzt Konrad H. Jarausch zu Überlegungen ein, die zu einer präziseren begrifflichen Fassung des Realtyps der ostdeutschen Herrschaftsverhältnisse führen sollen: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: APuZ, B 20/98 v.8. Mai 1998, S. 33ff. Wie schwer es selbst Protagonisten der (politisch instrumentalisierten und schon deshalb kaum wissenschafts-tauglichen) Großkategorien fällt, die Komplexität politisch-sozialer Prozesse und Befindlichkeiten über ihre jeweiligen Begriffsleisten zu schlagen, demonstrierte Jesse (s.o.). Angesichts der Resultate seiner (bislang freilich nicht veröffentlichten) Analysen der DDR-Strukturen auf der einen und der schließlich doch immer eher idealtypischen Totalitarismus-Modelle auf der anderen Seite schlug er, wohl launig, vor, beim Blick auf die DDR künftig statt von autoritär oder totalitär von »autolitär« zu sprechen.

7 Vgl. Sigrid Meuschel:

Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/M.1992.

8 Auch wenn dieses ideologiebestimmte Politikverständnis in seiner rauen Form die SED vor allem in den frühen DDR-Jahren leitete, so war es doch bis zu ihrem Ende speziell im Bildungswesen, in den Sicherheitsapparaten sowie in der Anleitung und Kontrolle von gesellschaftlichen Organisationen und nicht zuletzt in der der Massenmedien lebendig.

erziehungsdikatorischer Attitüde und ohne demokratiethoretische Skrupel – ihr streng kontrolliertes, vermeintlich stets richtiges Bewußtsein zuerst in die von ihr reklamierte »Arbeiterklasse«, dann mit Hilfe des Planes, der Schulen oder der Massenorganisationen in die Gesellschaft zu tragen habe, um diese für ihre per definitionem richtigen Zwecke zu mobilisieren<sup>8</sup>.

Nun waren die Konzepte der Partei neuen Typus und der Diktatur des Proletariats ursprünglich mit Zielen zusammengedacht worden, die in der Sicht mancher die Wahl der Mittel rechtfertigten, die von den Kommunisten an der Macht fortan genutzt wurden. Immerhin standen ja zuerst die Überwindung einer ungerechten Ordnung, dann die baldige Öffnung der mangelbeladenen Übergangsgesellschaft hin zum Reich der Gleichen und Freien auf der Tagesordnung. Allerdings hatte sich diese Vision in den Führungsrängen der kommunistischen Bewegung schon sehr früh verloren, in der SED-Führung fanden sich von ihr anfangs womöglich noch Spurenelemente; in der visionslosen Formel vom »real existierenden Sozialismus« wie in seiner Realität aber blieb von ihr schließlich gar nichts mehr: Die Macht, konzipiert als Mittel zu guten Zwecken, wurde zum Selbstzweck und diente am Ende nur noch sich selbst, der Konservierung des Status quo.

Ebenso ist schließlich zu berücksichtigen, daß beinahe jede politische Gegnerschaft stets auch das Identitätsproblem der DDR reflektierte: die im Kalten Krieg vollzogene Konstituierung einer materiell nicht eben üppig ausgestatteten Teilgesellschaft zu einem Staat, dessen Leistungen und Vermittlungsverfahren bis zu seinem Ende nicht hinreichten, seinen Untertanen auszureden, daß sie zu einem die DDR übergreifenden nationalen Verbund gehören und es sich im anderen, scheinbar stets prosperierenden Teil besser leben lasse.

So viel zu den Kontexten; nun die Anmerkungen.

*Erstens:* Die erste gilt den unterschiedlichen Intentionen und Formen von politischer Gegnerschaft. Dabei schlage ich vor, zwischen zwei Polen zu unterscheiden, zwischen einer Gegnerschaft, die – fundamental – auf einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaftsordnung zielte, und einer solchen, die eine partielle Modifikation, in der Regel die demokratische Öffnung der politisch-sozialen Verhältnisse bewirken wollte. Zudem sollte berücksichtigt werden, ob Gegnerschaft intentional innerhalb der gegebenen Strukturen und unter Berufung auf ihr Regelwerk, also eher legal geübt wurde oder bewußt außerhalb dieser Vorgaben, also illegal. Das auf Legalität bedachte Handeln Opposition zu nennen, das Illegale dagegen Widerstand<sup>9</sup>, scheint mir vor allem angesichts der unterschiedlichen Intentionen der Akteure sinnvoll. Da der Adressat aber beinahe immer der gleiche war, die SED-Führung und ihr Machtapparat, habe ich allerdings Zweifel an dieser Unterscheidung. Denn was legal, was illegal war – das definierte allein das Machtzentrum, und von ihm wurde, nach (freilich relativ stabilen) Opportunitätsabwägungen häufig auch das legal Unternommene (mit oder ohne entsprechende Gesetzgebung) illegalisiert bzw. kriminalisiert. Schon deshalb, weil es gemäß der ideologiegeprägten

9 Dieser (freilich nicht immer zu operationalisierenden) Unterscheidung folgen die meisten Autoren, vgl. für viele: Karl Wilhelm Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984; Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalschuk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.

Weltsicht der Spitze spätestens seit dem »Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse« in der DDR-Gesellschaft für Gegnerschaft recht eigentlich keine sozialen Gründe mehr gab, sie also nur Rudiment der alten Ordnung sein konnte, wenn sie nicht von außen kam oder von dort gesteuert wurde.

*Zweitens:* Daß auch legales Tun in aller Regel als illegal gewertet und kriminalisiert wurde, heißt natürlich nicht, daß es Gegnerschaft in Form von bewußter Regelverletzung (also im Sinne der gewählten Abgrenzung: Widerstand) nicht gegeben hätte, und es bedeutet ebenfalls nicht, daß dieser nicht auch – vor allem in den frühen DDR-Jahren – von »auswärtigen« Gegnern im Kalten Kriege ausging, von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) etwa, vom Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen, von westlichen Geheimdiensten, vom Ostbüro der SPD oder eher privaten westlichen Widerstandsgruppen. Seine konkreten Ausmaße sind jedoch, sieht man von (eher rechtfertigenden) Studien über das Ostbüro und die KgU ab, weithin unerforscht.

*Drittens:* Derart motivierte Unternehmungen fanden seinerzeit jedoch vor allem deshalb Unterstützung, weil sie auf eine lebendige, wenn auch unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft nur selten artikulationsfähige oder offen agierende fundamentalgegnerische Strömung trafen. Diese kaum zu quantifizierenden und bislang inhaltlich nicht exakt zu bestimmenden kritisch-ablehnenden Einstellungen und Handlungen gegenüber der neuen, antifaschistisch-demokratisch genannten Ordnung sollten angesichts der Tiefe der sozialen Umbrüche, aber auch in Anbetracht der zeitlichen (bei vielen auch: mentalen) Nähe zum Nationalsozialismus nicht unterschätzt werden. Sie galten der (speziell anfangs) kruden Besatzung<sup>10</sup>, den Vergewaltigungen, Verhaftungen, dem Hungern und Sterben in den Internierungslagern, den Reparationen, Deportationen, sowie den Methoden und Folgen der Entnazifizierung ebenso wie (insbesondere bei den Betroffenen) der Enteignung des privaten Industriebesitzes oder der Bodenreform und nicht zuletzt einem Besatzungsregime, das die KPD/SED, in den Augen vieler die »Russenpartei«, stützte. Hier mischten sich anfangs offenkundig die verschiedensten Interessen und Ressentiments; immerhin war die Verfolgung der politischen Linken zwischen 1933 und 1945 ja von nicht wenigen gebilligt und ein Sieg der »jüdisch-bolschewistischen Untermenschen« nicht gerade herbeigesehnt worden.

*Viertens:* Sprecherinnen des so gestimmten Teils der ostdeutschen Gesellschaft waren zuweilen die Blockparteien, die radikale Entscheidungen zu verhindern oder zu modifizieren, Härten zu mildern und moderatere Verfahren vorzuschlagen suchten, sich aber in der Regel strikt an das Legalitätsgebot hielten. Das wurde seit 1947/48 zunehmend schwieriger. In dieser Zeit begann die SED-Führung gegen den Protest ihrer freiwillig-unfreiwilligen Partner im Parteienblock wie auch ehemaliger Sozialdemokraten ihren Führungsanspruch massiv durchzusetzen und die Keime einer tendenziell pluralistischen und parlamentarischen Demokratie unter-

10 Vgl. Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945 -1949, Cambridge(Mass.),London 1995, insbesondere S. 69 ff.



zupflügen. Die Einheitspartei wurde in diesen Jahren – nicht bloß passiv, im Sog der Lagerbildung im Kalten Krieg, sondern durchaus aus eigenem Antrieb – zu jener per definitionem besser wissenden Partei neuen Typus nach Stalinschem Zuschnitt. Sie erklärte der Arbeiterklasse und deren prospektiven Bündnispartnern ihr Kampfziel und den alten Ober- und Mittelschichten in aller Form den Klassenkampf – falls diese nicht doch zum »Bündnis«, zur Kooperation unter kommunistischer Führung, bereit seien. Das bedeutete das Ende für die bis dahin noch mögliche, wenn auch durch das Blockprinzip bereits gebändigte parlamentarische Opposition.

*Fünftens:* Seit den Volkskammerwahlen auf der Basis der Einheitsliste und der 1952 von den (auch durch Säuberungen) vollends disziplinierten Blockpartieführungen gegebenen Zustimmung zum »Aufbau des Sozialismus«, gab es schließlich auch strukturell, in der Staatsräson der DDR (hergeleitet aus dem Selbstverständnis der SED), keinen Platz mehr für eine (etwa in kompetitiven Wahlen) um Alternativen streitende Opposition. Zwar galt noch die Verfassung von 1949, die Verfassungswirklichkeit aber bestimmten seit 1948/49 die Regeln des »Demokratischen Zentralismus«. Da zudem die politisch relevanten (und viele irrelevante) Entscheidungen in der Parteispitze konzentriert und über hierarchisch gegliederte Apparate umgesetzt wurden, fehlte schließlich auch im Institutionengefüge ein Ort, an dem abweichende Meinungen oder besondere Interessen legal sowie mit Aussicht auf Gehör vorgetragen werden konnten. Vielmehr stand fortan selbst teillopositionelle Gegnerschaft im Verdacht der Feindseligkeit und Fremdsteuerung. Sie galt zumeist nur als reaktionär, zuweilen aber als faschistisch, was einen gütlichen Konfliktaustrag von vornherein ausschloß, statt dessen in aller Regel zur Flucht der so Stigmatisierten oder zu ihrer Verhaftung führte.

*Sechstens:* Diese Illegalisierung selbst teillopositioneller Bestrebungen betraf ebenfalls die SED. Politische Meinungsbildung durch Diskussion alternativer Positionen war seit dem Parteistatut von 1950 nahezu ausgeschlossen. Schon im Konzept der Partei neuen Typus galten kontroverse Diskussionen ja nur in der Entscheidungsfindung und bis zu einem Beschluß als legitim. Die zusätzlich dekretierte Verbindlichkeit der Beschlüsse von übergeordneten Parteiorganen sowie das strikte Fraktionsverbot machten ihren Vortrag kaum noch möglich – weder in der Führung noch an der Basis der Partei. Auch in der SED stand seither selbst konstruktive Kritik, jedenfalls bei Fragen von Rang, im Verdacht der Gegnerschaft. Beim Umbau der SED zur bolschewistischen Kaderpartei galt das Mißtrauen vor allem jenen Genossen, die aus der Sozialdemokratie kamen, und jenen, die vor oder nach 1933 kommunistischen Splittergruppen angehört hatten und deshalb zu erneutem »Irrtum« fähig schienen. Sie wurden in zwei Säuberungswellen, die kleinere 1948, die größere 1950/5, aus der Partei ausgestoßen, und viele, unter ihnen besonders zahlreich die stets der Kollaboration mit dem SPD-Ostbüro verdächtigen ehemaligen Sozialdemokraten, verloren ihre Posten oder wurden festgenom-

men, unter Anklage gestellt (häufig wegen angeblicher Sabotage oder Wirtschaftsvergehen) und verurteilt – alles unter dem Dach einer Theorie, die derlei als historisch »notwendig« erklärte. Hatte Stalin doch gelehrt, daß sich der Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus gesetzmäßig verschärfe.

*Siebertens:* Diese Sicht und die aus ihr abgeleiteten Feindbilder bedurften der permanenten Bestätigung. Der Gegner, der »Klassenfeind« oder seine Agenten, wurde überall vermutet; alle waren zu ständiger Wachsamkeit angehalten, und viele entdeckten ihn denn auch: im Großbauer genannten Besitzer von mehr als 20 Hektar, der sein Ablieferungssoll nicht erfüllte, im Gewerbetreibenden, der seine Bücher verfälschte, oder in Arbeitern, die versäumt hatten, ihre Drehbänke ordentlich einzurichten. Sie konnten im Bedarfsfalle als »Saboteure« des Aufbaus herhalten oder, beim Fehlen anderer Anhaltspunkte, wenigstens als »objektive« Agenten gelten, als Leute, die so gehandelt hatten, wie es Agenten (bekanntermaßen) gemeinhin tun.

Der Verdacht betraf viele, auch Parteimitglieder. Das zeigte sich Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre am Umgang mit jenen Kadern, die die Nazijahre in der westlichen Emigration verbracht und zudem häufig einen jüdischen Familienhintergrund hatten. Nahezu alle, auch viele von denen, die in westliche oder in jugoslawische Kriegsgefangenschaft geraten waren, verloren zumindest vorübergehend ihre Partei-, Organisations- oder Staatsfunktionen. Etliche wurden verhaftet und als Agenten westlicher Geheimdienste oder – wie der nichtjüdische Paul Merker<sup>11</sup> – als Förderer des »Zionismus« verurteilt, offenbar weil Stalin glaubte, sich bei der Blockbildung und der Abwehr von eigenen Wegen à la Tito nur auf die Kader wirklich verlassen zu können, die ihre Treue zur Sowjetunion in der Sowjetunion selbst unter Beweis gestellt hatten und dem stets zugriffsbereiten Klassenfeind nicht nahegekommen waren.

Wahrscheinlich verhinderte nur Stalins Tod, daß es auch in der DDR zu Schauprozessen nach dem Rajik-, Kostoff- oder Slansky-Muster kam. Weniger wahrscheinlich dagegen ist das schon früh von Ulbricht, später von Honecker oder Axen behauptete Hintertreiben solcher Verfahren durch die SED-Führung. Zwar gab es in Berlin keine öffentliche Schuld-und-Sühne-Inszenierung wie in Budapest, Sofia oder Prag. Immerhin aber erging das Urteil gegen den 1952 verhafteten Merker noch 1955, ein Jahr bevor er (im Klima des XX. KPdSU – Parteitages) freigelassen und juristisch, nicht aber politisch rehabilitiert wurde. Bis heute ist ungeklärt, was den Westemigranten Mielke schützte. Er blieb anscheinend gänzlich unbehelligt, erwarb sich vielmehr bei dieser Säuberung zusätzliche Meriten beim Aufdecken des feindlichen Untergrundes.

*Achtens:* Wie schwer es ist – auch beim Blick auf die DDR-Geschichte –, zwischen fundamentaler und partieller Gegnerschaft sicher zu trennen, zeigen die zahlreichen Forschungen zum 17. Juni 1953<sup>12</sup>. Sie verweisen zudem auf die Schwierigkeit, die sozialen Strukturen einer Massenbewegung und die ihr gemeinsamen

11 Für vieles: Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

12 Vgl. Anm. 3 und die Literaturangaben bei Neubert (Anm.2) sowie Detlef Pollack: Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR. Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich, in: Pollack/Rink (Hrsg.) – Anm. 4 – S. 303 ff.

Ziele, ihren Grundkonsens gewissermaßen, zu rekonstruieren. Unstrittig ist, daß in den Tagen vor dem 17. Juni und bis in den Juli hinein eine Arbeiterrebellion stattfand, die sich zunächst gegen die Lohnpolitik des Staates richtete, in der aber rasch politische Forderungen formuliert wurden, wie die nach dem Rücktritt der Regierung und freien Wahlen oder – zuweilen – nach dem Fortfall der in der DDR offiziell noch »Demarkationslinie« genannten innerdeutschen Grenze. Zureichend nachgewiesen ist mittlerweile ebenfalls, daß an Streiks und Demonstrationen auch viele teilnahmen oder mit ihnen sympathisierten, die aus anderen sozialen Schichten stammten. Mehr wohl kleine Angestellte oder Bauern, weniger diejenigen, die beim Elitenaustausch nach 1945 aufgestiegen waren, zumeist als Neulehrer, Volksrichter oder -Staatsanwälte in den öffentlichen Dienst, die in Leitungspositionen in der Wirtschaft bzw. im Staatsapparat arbeiteten oder als »Arbeiter- und Bauernkinder« an den ABF und danach an Universitäten und Hochschulen studierten. Das galt auch für viele aus der »alten«, der bürgerlichen Intelligenz, die bis zur Ankunft der »neuen«, eher proletarischen, materiell wie sozial privilegiert wurden, und schließlich auch für die Intellektuellen, die Kulturwissenschaftler, Künstler und Publizisten, die sich im wesentlichen erst nach den Junitagen kritisch zu Wort meldeten. Daß vor allem sie auf einen später einmal so genannten »verbesserlichen Sozialismus« setzten, vielleicht auf einen »dritten Weg« zwischen Sowjetsystem und Kapitalismus, aber nicht auf die Liquidation der DDR, ist gut belegt; und vieles spricht auch für die Annahme, daß große Teile der Diensteliten ähnlich dachten.

Ob die Streikenden mit der Abwahl der Regierung die Wiedervereinigung und mit ihr die Wiederherstellung der alten, in der Bundesrepublik konservierten Sozialordnung wollten, wurde im Westen bis in die späten achtziger Jahre kontrovers diskutiert, in vielen jüngeren Veröffentlichungen hingegen zumeist ebenso fraglos unterstellt wie ein starker nationaler Impuls der Bewegung. Für einen expliziten Wunsch nach der alten Eigentumsordnung finden sich allerdings keine Belege, was nicht überrascht –: Denn selbst wenn Akteure dies im Sinn gehabt haben sollten, so waren doch angesichts der akuten Streiksituation von ihnen kaum Losungen zu erwarten, die etwa die Rückkehr der alten Besitzer verlangten. Es scheint jedoch, daß dies für die meisten Akteure auch zweitrangig war, daß es ihnen vielmehr zunächst um bessere Lebensbedingungen ging, dann um Kontrolle und Mitbestimmung, letztlich also um eine Veränderung der von der SED bestimmten Machtverhältnisse.

Die Wiedervereinigung hatte wahrscheinlich einen hohen Rang. Noch hielten ja alle deutschen Parteien, am heftigsten die SED, programmatisch am Ziel der Einheit fest, und in der DDR sahen in ihr wohl viele ein Mittel zu sozialen Zwecken, einen Weg zur Beendigung des Mangels. Daß bei den Demonstrationen häufig »Deutschland, Deutschland über alles« gesungen wurde, die erste Strophe jenes Deutschlandliedes, das bis zum Frühjahr 1945 zusammen mit den Versen Horst Wessels die barbarischen Hochzeiten der Deutschen umrahmt hatte, taugt allerdings weder als starkes Indiz für eine nationale Stoßrichtung noch als schlagender



Beweis für NS-Nostalgie. Zum einen fehlte es angesichts der bald panzerbestückt anrückenden Sowjetmacht an anderen gemeinschaftstiftenden Liedern (anders 1989, nach dem friedlichen Maueröffnen, als die gesamtdeutsche Kickerhymne »So ein Tag, so wunderschön wie heute« zur Verfügung stand); zum anderen waren Hoffmanns übrige Zeilen den meisten gar nicht präsent. Gleichwohl nutzte die SED-Führung auch dieses Faktum zur Begründung ihrer Lesart, die Rebellion sei ein faschistischer Putschversuch gewesen und vom Westen angezettelt. Zwar konnte die Stasi trotz mehrfacher Ermahnung durch das Politbüro die lenkende Hand des Westens nicht nachweisen und ebensowenig ein Steuern des Aufstandes durch Nazis. Gleichwohl sahen das über die Jahre etliche so, insbesondere die bis 1945 Verfolgten oder die aus dem Exil Zurückgekehrten. Sie wollten nicht glauben daß sich die Volksgemeinschaft nach ihrer Niederlage tatsächlich, noch dazu spurlos, aufgelöst habe und zur Gesellschaft des Arbeiter- und Bauernstaates mutiert sei. Sie vermuteten deshalb in vielen Akteuren der Junitage unerkannt gebliebene Vor- oder aktive Mitläufer des Nazifaschismus<sup>13</sup>. Das aber war materiell nur sehr selten nachzuweisen (etwa bei hoher Repräsentanz von ehemaligen Wehrmachtschergen in Streikkomitees) und reichte nicht hin, die realiter unkoordinierten Aktionen einem übergreifenden Plan zuzuordnen. Gleichwohl sollte dieser Verdacht nicht nur als Versuch von Zeitgenossen abgetan werden, das Label (»faschistischer Putschversuch«), das Niederschlagen des Aufstandes und vielleicht auch die eigene Rolle in jenen Tagen zu legitimieren. Dem nützte diese Deutung sicher auch. Darüber hinaus aber verweist sie zugleich auf das in der Forschung bislang kaum thematisierte Faktum, daß viele der männlichen Juni-Rebellen nur acht Jahre zuvor noch Krieg geführt hatten – nicht wenige gegen die in der DDR seither präsente Sowjetarmee –, und daß es bei manchen womöglich doch noch eine offene Rechnung gab mit »dem Russen« oder seinen deutschen Helfern.

Mit Blick auf die Intentionen und die Breite der politischen Gegnerschaft der um den 17. Juni Aktiven zeigten die Streiks und Demonstrationen, aber auch ihr mit Gewalt herbeigeführtes Ende, ein insgesamt deutliches Überwiegen fundamentalgegenerischer Haltungen sowie eine gewisse Orientierung an demokratietauglichen Werten und Verfahren. Es waren dies wahrscheinlich auch, so denke ich, die in der Gesellschaft wie auch unter SED-Mitgliedern dominanten Einstellungen. Und sie reichten bis weit in das Funktionärskorps hinein, was die Führung denn auch veranlaßte, einen erheblichen Teil der Parteikader, aber auch Positionsinhaber in Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen auszutauschen.

*Neuntens:* Ein Umstand, der 1953 wie in den folgenden Jahren viele davon abhielt, ihre Gegnerschaft aktiv, oppositionell oder widerständig zu äußern, war die bis zum 13. August 1961 offene Grenze. Über sie gingen bis zum Mauerbau etwa drei Millionen Menschen, zumeist junge, gut ausgebildete, sozial aktive. Das führte einerseits zu weiteren Prestigeeinbußen der Partei sowie zu zusätzlichen ökonomischen Belastungen. Es hatte aber anderer-

13 Vgl. für viele: Wilhelm Girmus: Aus den Papieren des Germain Towardschus. Unvollständiger Bericht über eine Lebenserfahrung, Rostock 1982 oder Bert Brecht, vgl. Werner Hecht: Brecht -Chronik, Frankfurt/M. 1997, S. 842 ff., passim.

seits, wie Ralf Dahrendorf Anfang der Sechziger formulierte, eine »latente Stabilisierungswirkung«: Potentielle Konflikträger verließen das Land und schwächten das Lager der Gegner. Zwar gibt es keine verlässlichen Informationen über die Motive der Westwandernden und ihren Wandel im Zeitverlauf. Doch gleich, ob diese Entscheidung aus Furcht vor Verfolgung und Verhaftung getroffen wurde, ob sie einem besser dotierten Arbeitsplatz galt, dem höheren Konsumniveau, der Reisefreiheit oder der politischen Kultur im Westen – alle Gründe verwiesen darauf, daß die bald »republikflüchtig« Genannten nicht glaubten, ihre Lebensentwürfe in der DDR auch leben zu können, und alle belegen mithin eine – sicher unterschiedlich intensive – Ablehnung der Sozialordnung der DDR und/ oder ihres politischen Systems. Mit dem Mauerbau war diese Konfliktlösung den meisten versperrt. Gegnerschaft, fundamentale wie partielle, war nun auf andere Weise auszutragen.

*Zehntens:* Das galt auch für die innerparteiliche Dissidenz, verstanden als Abweichung von den herrschenden Lesarten der Ideologie, Politik, oder des Demokratischen Zentralismus. Bis zum August 1961 hatte die Einheit Deutschlands in der Programmatik der SED noch einen hohen Stellenwert, auch wenn der Mehrheit der Parteiführung spätestens seit 1955, seit dem Beitritt von Bundesrepublik und DDR zu den Paktorganisationen ihrer Vormächte, bewußt war, daß dieses Ziel zu den von ihr formulierten Konditionen nicht zu erreichen war. Wohl auch deshalb gaben intern Mitglieder der Parteiführung zuweilen zu bedenken, daß beim Ausbau der sozialen und politischen Strukturen der DDR auch dessen nationale Konsequenzen zu beachten seien – sowohl mit Blick auf die Chancen einer interalliierten Verständigung oder innerdeutschen Annäherung als auch hinsichtlich der Modalitäten einer Vereinigung. Das galt für Anton Ackermann, der dies 1951 auf einer Parteivorstandssitzung expressis verbis formulierte, und womöglich ebenfalls für Herrnstadt und Zaisser, die 1953, noch vor dem 17. Juni und gemäß der Linie der Stalinnachfolger, für eine gesamtdeutsche Initiative votierten. Vielleicht plädierten sie auch deshalb (vor allem aber wegen Ulbrichts Autoritarismus) für (etwas) mehr Demokratie und (etwas) weniger Zentralismus in der Partei. Den Zusammenhang von deutscher Einheit und innerer Ordnung der DDR hatten ebenfalls Schirdewan, Wollweber und Oelßner im Sinn, als sie 1956 /57 in der Parteispitze für ein anderes Tempo bei der weiteren Transformation der ostdeutschen Gesellschaft warben und ebenfalls für eine stärkere Betonung des ersten Teils vom Wortpaar Demokratischer Zentralismus.

Obzwar als Fraktionen »entlarvt«, war ihr Schicksal glimpflicher als das von Kurt Vieweg (der seinerzeit einen anderen Kollektivierungspfad vorschlug) oder Wolfgang Harich, der ein demokratisch-sozialistisch wiedervereinigtes Deutschland entworfen hatte, das auf das Zusammengehen einer entstalinisierten SED mit einer sich wieder nach links orientierenden SPD zielte. Vieweg, Harich und mit ihnen viele andere Parteiintellektuelle wurden verhaftet, angeklagt und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt<sup>14</sup>.

14 Neubert – ähnlich gestimmt wie die frühere bundesdeutsche Rechtsprechung über den Widerstand deutscher Kommunisten seit 1933 – erscheint die Zuordnung Harichs zu einem in seiner Sicht hinreichend legitimen Oppositions- oder Widerstandshandeln offenbar schon deshalb unangebracht, weil Harichs Denken nicht an den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientiert war. Er nennt seine Plattform »zutiefst undemokratisch« und sieht in ihr das »Dokument eines politischen Sendungsbewußtseins, das keine demokratische Legitimation brauchte...«. (Anm. 2, S. 106 ff.).

*Elftens:* Diese Prozeßwelle, die mit der Zwangsemeritierung Ernst Blochs, der Maßregelung etlicher Wissenschaftler, z.B. der Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary oder des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski einherging, war die Antwort der Parteiführung auf die Irritationen, die der XX.Parteitag der KPdSU bei zahlreichen Intellektuellen, selbst bei einem so ergebenen Parteiarbeiter wie Kurt Hager, verursacht hatte – durch seine Kritik an den Lehren wie am Terror Stalins.

Bei genauerem Hinsehen zeigte sich, daß der seinerzeit durchgängige Revisionismus-Vorwurf (der Begriff Dissidenz wurde in der DDR weder von den Akteuren noch von ihren Verfolgern gebraucht) in der Regel Menschen traf, die auf unterschiedliche Weise, doch zumeist auf ihre »Klassiker« gestützt, an jene Ziele erinnerten, derenthalben die Partei neuen Typus wie die Diktatur des Proletariats einst erdacht worden waren. Der Legitimationsrahmen der Parteierrschaft, der Marxismus-Leninismus, taugte mithin auch für das Einfordern einer Politik, die geeignet sein mochte, die Leninschen Politikmuster (in ihrer so stabilen Stalinschen Fassung) zu überwinden und das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu demokratisieren. Da beim Propagieren des ML der letztlich demokratische Impetus des Marxschen Denkens nicht zu verstecken war, blieb er, auch wenn er ex cathedra stets herrschaftsdienlich interpretiert wurde, ein zumindest partiell legitimer Referenzpunkt für Kritik am politischen System und seinen ideologischen Begründungen. Es war wohl dieser Zusammenhang, der dazu beitrug, daß sich (außerhalb der evangelischen Kirchen) politisch-ideologische Dissidenz in der DDR immer wieder (und lange Zeit zumeist) an den »vergessenen« sozialistischen Demokratie-Idealen herausbildete und weniger an denen aus bürgerlich-liberaler Tradition, jedenfalls bis in die achtziger Jahre hinein. Auch wenn in Rechnung zu stellen ist, daß der Zugang zu diesen Quellen schwieriger, wenn auch keineswegs unmöglich war. Mit Blick auf diese Marx-Rezeption sei hier zum einen an die ostdeutsche Belletristik erinnert, zum anderen an – durchaus unterschiedliche, von der Führung aber als gleichermaßen feindlich gewertete – politische Denker oder Akteure, wie etwa Wolfgang Harich, Robert Havemann, Rudolf Bahro, Wolf Biermann. Das trifft auch für die Autoren des 1978 im »Spiegel« veröffentlichten »Manifests« eines nicht existierenden »Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands« zu, zu denen federführend der Wissenschaftler Hermann v. Berg gehörte. Der versuchte zwar später nachzuweisen, daß Marx allenfalls als pfiffiger Plagiator Geltung beanspruchen könne, aber selbst hierbei schien noch durch, wie sehr dieser sein Denken beeinflusst hatte<sup>15</sup>.

*Zwölftens:* Das galt zum Teil auch für christlich Orientierte. Zwar war ihre Zahl seit dem rigiden Kulturkampf insbesondere der fünfziger Jahre geschrumpft, waren ihre Kreise durch die sozial bedingte und politisch forcierte Säkularisierung ausgedünnt worden. Ihre (häufig durchaus konservativen) Wertehaushalte und Überzeugungen aber hatten sie zumeist bewahrt. Sozial verankert vor allem in den Resten der alten Ober- oder Mittelschichten, speziell in

15 Vgl. Hermann v. Berg: Marxismus-Leninismus. Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie, Köln 1986.

16 Vgl. Christoph Kleßmann: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994; Neubert (Anm. 2); Pollack/Rink (Anm. 4); Vester/Hofmann/Zierke (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995; Anna-Sabine Ernst (»Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus«. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945-1961, Münster u.a. 1997, S. 343) macht mit Blick auf ihren Untersuchungszeitraum allerdings darauf aufmerksam, daß schon in diesen Jahren das damals noch weithin bildungsbürgerliche Milieu keineswegs nur Resistenz, sondern auch Kompromißbereitschaft förderte.

17 Das sowie die Tendenz seines Zerbröselns erschien mir seit Mitte der achtziger Jahre als Resultat der DDR-Entwicklung. Vgl. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949-1985, 1. Aufl., Frankfurt/M. 1985, S. 175 ff., 226ff., ders.: Geschichte der DDR, erw. Neuausgabe 1996, Frankfurt 1972, S. 239 ff. Ähnlich, wenn auch mit anderem Zungenschlag, argumentiert neuerdings der »gelernte« DDR-Deutsche und spätere Sozialdemokrat Stefan Wolle (Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998), wenn er z.B. formuliert: »Die Diktatur erschien im Gewande väterlicher Liebe. Sie belohnte die artigen und bestrafte die bösen Kinder, nicht um sie zu vernichten, sondern um sie zum Besseren zu bekehren« (S.83). Und: »Das alles hätte nicht funktioniert, wenn es nicht auch bequem

denen des Bildungsbürgertums, bildeten sie eigene soziokulturelle Milieus<sup>16</sup>. Sie erwiesen sich gegenüber den offiziellen Werten als weithin resistent und waren oftmals fähig, ihr Normensystem sozial zu vererben. Etliche von ihnen, speziell Protestanten, fanden Zugänge zu den philosophischen Ingredienzien oder politisch-moralischen Postulaten der Parteitheorie, die aus gemeinsamen Wurzeln stammten. Seit der Staat Ende der Sechziger seinen Konfrontationskurs korrigiert und Kooperationsbereitschaft signalisiert hatte, sofern sich die DDR-Kirchen aus den gesamtdeutschen Strukturen der EKD lösten, waren viele Theologen und Kirchenführer zu einem neuen Modus vivendi bereit, definierten sich im damals gegründeten DDR-Kirchenbund als »Kirche im Sozialismus« und diese wiederum als berufene Mittlerin zwischen dem Staat und den zunehmend dissidenten Teilen der jüngeren Generationen. Nicht untypisch für die Sicht dieser Theologen scheint mir das bereits zitierte Wort Heino Falkes vom »verbesserlichen Sozialismus«, dem er allerdings eine ebenfalls »verbesserliche Kirche« gegenübersah.

Womöglich gab es derart resistente Milieus ja auch in den unteren Gliederungen von Blockparteien, die im Rückblick von vielen ihrer Mitglieder als politische Nischen beschrieben werden, die Schutz vor dem Zugriff der SED und ein Stück dissidenter Gemeinsamkeit boten. Bisher aber fehlen für diese Deutung schlüssige Forschungsergebnisse, und so halte ich eher dafür, daß sich dort, wenn auch auf gewissermaßen höherem Niveau, etwa das zeigte, was seit den sechziger Jahren angesichts des eklatanten Mangels an praktikablen Alternativen für die Mehrheit der DDR-Deutschen in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen bestimmend geworden war: eine wachsende Bereitschaft, sich in den nun einmal nicht zu verändernden Strukturen einzurichten, sich ihnen anzupassen und den Anforderungen der Obrigkeit möglichst unauffällig zu entsprechen.

*Dreizehtens:* Nicht eine weltanschaulich und/oder durch spezielle soziokulturelle Milieus bedingte individuelle und kollektive Immunität oder Resistenz gegenüber den Anforderungen von Partei und Staat also kennzeichnete (wie gegenwärtig zuweilen insinuiert) die Beziehungen zwischen der Mehrheit der ostdeutschen Gesellschaft und ihrer Obrigkeit. Es waren vielmehr, etwa seit Mitte der sechziger Jahre und bis weit in die Achtziger hinein, so meine These<sup>17</sup>, Arrangements: informell aufeinander bezogene, beiderseits kompromißhafte Interessenskalküle. Eine Tendenz zu ihnen hatte sich schon Ende der Fünfziger gezeigt. Sie war jedoch durch den Mauerbau und die ihm vorausgehenden Turbulenzen beendet worden. Nach 1961 wurde sie dadurch wiederbelebt, daß der Staat auf einen Teil der (intentional umfassenden) politischen wie soziokulturellen Bevormundung zu verzichten begann, statt dessen im Rahmen des Neuen ökonomischen Systems versuchte, Individuen und Kollektive durch wirtschaftliche »Stimuli« (Konsumgüter, differenzierte Einkommen, Leistungsprämien etc.) zu »richtigem« Handeln zu bewegen, und sich insgesamt scheinbar als dauerhaft leistungsstark erwies. Er garantierte weitreichende

soziale Sicherheit (wenn auch auf relativ niedrigem Niveau), es besserten sich die materiellen Lebensbedingungen, und schließlich begann die Partei, private Freiräume zu dulden (hielt sie aber unter Kontrolle) und lockerte ihre Aufsicht über die Künste.

In der Gesellschaft wie in der Machtelite verlor sich das Gefühl des dauernden Ausnahmezustandes, auch wenn der Führung der Schock des 17. Juni noch immer und tief in den Knochen steckte. Es entstanden kalkulierbare Regeln für sozialen Aufstieg, für Prestigezuweisungen wie für das Rollenverhalten und mit ihnen die Eckpunkte eines für viele zustimmungsfähigen Gesellschaftsvertrages<sup>18</sup>. Seine ökonomisch-sozialen Artikel regelten den Tausch von wohlfahrtsstaatlichen Gratifikationen gegen industriegesellschaftsübliche, stets auf DDR-Maß reduzierte Arbeitsleistungen. Dies erschien seit 1971 insbesondere in der programmatisch fixierten »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Die politischen Passagen des Vertrages enthielten eine Als-Ob-Klausel, die die politische Kultur der DDR immer stärker prägte, weil sie es einerseits – jedenfalls in der Regel – den Individuen gestattete, öffentlich so zu tun, als glaubten sie wirklich, was zu glauben ihnen aufgegeben war, und es andererseits der Partei möglich machte, sich so zu verhalten, als nehme sie das öffentlich Bekundete für bare Münze – so lange nur sie selbst oder der Plan nicht Schaden nahmen. So ließ sich die formale Akzeptanz als reale propagieren und Anpassung als Identifikation behaupten, zumal die einzelnen im Zweifelsfall ja stets bei ihrem öffentlichen Wort und so in Disziplin oder im (nie kalkulierbaren) Ernstfall in Strafe zu nehmen waren.

Das Als-Ob zeigte sich im ganz selbstverständlichen Wechsel zwischen Offizial- und Alltagssprache – je nach den Adressaten – ebenso wie in der Schule, bei Schulungen oder im Wahlverhalten. Beinahe alle bekundeten öffentlich, was sie privat zumeist bestritten – ihr inniges Einverständnis mit diesem Staat und seiner Politik. Die nachgewiesenen Verfälschungen der Kommunalwahlergebnisse von 1989 bestätigen diese Überlegung –: Die Resultate brauchten nur um ein paar Prozente nach oben korrigiert zu werden, damit das (Zerr-)Bild vom monolithischen Wahlvolk ohne Kratzer blieb.

Das Arrangement gelang um so leichter, je ähnlicher die Partei dem Volke wurde. Seit den sechziger Jahren mußte sie ihre Mitglieder aus einer Gesellschaft rekrutieren, deren politische Kultur sie zumindest mitbestimmt hatte, und deshalb begannen der von ihr induzierte soziale Wandel und die von ihm beeinflussten mentalen Prägungen schließlich auf sie selbst zurückzuwirken. Auch in der derart »vergesellschafteten« Avantgarde herrschte seither zumeist das Klima des öffentlichen Dienstes, dominierten Interessenkalküle und formale Akzeptanz, ersetzten Arrangements das Engagement, regulierte das Als-Ob die Binnenkommunikation.

*Vierzehntens:* Das Einwilligen großer Teile der DDR- Gesellschaft in diese Strukturen allein aus den Machtverhältnissen seit 1945 erklären zu wollen, griffe zu kurz. Manche Wurzeln reichen tiefer und verweisen – das gilt natürlich ebenso für den Westen Deutschlands – auf eine sozialgeschichtlich eingeschliffene obrigkeit-

gewesen wäre. Man lebte in den Tag und genoß die Unfreiheit«(S. 127). Oder : »War die DDR ein brodelnder Kessel des Unwillens, den nur ein allgegenwärtiger Repressionsapparat am Überkochen hinderte, oder hatte sich eine große Mehrheit der Bevölkerung eigentlich mit den Verhältnissen arrangiert? Beide Standpunkte [ ... ] haben gute Argumente für sich.« (S. 227). Derlei Differenzierung ging einem nun auf Rügen ansässigen ehemaligen Westlinken, später Grünen, dann ostdeutscher Sozialdemokrat, zu weit: »Wolles Wertungen sind voller elitärer Verachtung für die DDR-Bürger und ihr angeblich unbegriffen aufgegebenes DDR-Leben.« Udo Knapp: Die Diktatur im Alltag, in: Süddeutsche Zeitung v. 25.5.1998, S.12.

18 Staritz, 1997, (Anm. 17), S. 239 ff.



staatliche Mentalität. Schaut man auf die Altersstruktur der Ostdeutschen, so zeigt sich, daß 1945 für die knappe Hälfte das Kaiserreich den prägenden Erlebnishintergrund gebildet hatte, für etwa ein Drittel die NS-Jahre und für nur ein Fünftel die Jahre der Weimarer Republik. Mehr als die Hälfte gehörte zu den Jahrgängen, durch deren Wahlverhalten die »Machtergreifung« möglich geworden war. Zwar hatte es starke Hochburgen der Arbeiterparteien gegeben, im mitteldeutschen Industrieviertel etwa oder in Berlin, die dem Sog des NS länger standhielten als die der Liberalen. Doch auch in sie hatte der NS-Chauvinismus bis zur Kriegswende breite Breschen geschlagen. Zwar gab es also demokratische Traditionen, sie waren jedoch neben den vorherrschenden obrigkeitsstaatlich-autoritären nicht eben stark, und sie hatten nach Kriegsende kaum eine Chance, aufs neue auszutreiben.

Der bald überall herrschende Demokratische Zentralismus honorierte erneut die Hinnahme fremder Autorität, was die Akzeptanz der eigenen Subalternität bedingte, und wieder nicht das selbstbestimmte Handeln von Individuen oder demokratisch verfaßten Organisationen. Gefragt waren mithin noch immer die Tugenden, die schon die historischen Obrigkeitsstaaten geschätzt hatten. So besehen hatten viele nur wenig Neues hinzuzulernen: Nach wie vor waren dem materiellen Wohlbefinden zuliebe Anpassungsleistungen fällig.

*Fünfzehntens:* Freilich: Die seit den sechziger Jahren entstandenen Arrangements waren immer fragil. Erstens, weil das Leben im Osten stets mit dem im Westen verglichen wurde, mit seiner reichen Warenwelt, aber auch mit seinen bürgerlichen Freiheiten, und auch aus diesem Grunde nur sehr wenige die SED-These glaubten, die DDR-Deutschen hätten mit den anderen nur noch Geschichte und Sprache gemein, seien aber ansonsten eine eigene Nation. Zweitens, weil das Einwilligen in die Verhältnisse und damit die partielle Legitimierung der Ordnung zunehmend an Qualität und Umfang von kontinuierlichen Wohlfahrtsleistungen gebunden wurde, diese aber kontinuierlich nicht zu haben waren, vielmehr seit dem Ende der siebziger Jahre knapper wurden. Und drittens, weil sich in den nachwachsenden Generationen die ererbten obrigkeitsstaatlichen Fixierungen zu verlieren begannen, die für die Alten und Älteren charakteristisch gewesen waren. Anfang der achtziger Jahre stellte die Gruppe der nach 1945 Geborenen mehr als die Hälfte der DDR-Bevölkerung, und die nach 1961 auf die DDR-Welt gekommenen Jungen bildeten bereits ein starkes Drittel. Ihre Sozialisation war, je jünger sie waren um so weniger von Not und Umbruch geprägt. Sie hatten vielmehr ihre Kinder- und Jugendjahre in materiellem Wohlstand verbracht, auch wenn sie ihn eher mager fanden, wenn sie ihn mit dem westdeutschen verglichen. Viele zeigten nur noch wenig Neigung, die von Eltern und Großeltern als überlebenswichtig gelernte Lebensweise von vornherein zu akzeptieren – auch nicht ihre autoritätsfixierte politische Kultur oder ihre verinnerlichten Wachstums- und Wohlstandsorientierungen.

Der Wertewandel – Folge wie Faktor von Veränderungen in den

Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ihrer politisch-sozialen Vermittlung – hatte Ende der siebziger Jahre auch die DDR erreicht. In der Bundesrepublik war er zehn Jahre früher ans Licht gekommen, in der Rebellion von Kindern bessersituierter Mittelsstandseltern, und hatte dort zu einer (vielleicht nachhaltigen) Veränderung der politischen Kultur geführt: zu einer stärkeren Hinwendung zu postmateriellen Werten, wie Selbstbestimmung, Lust und Partizipation sowie zur Skepsis gegenüber den überkommenen materiellen Werten, wie Einkommen, Leistung, Gehorsam und Pflicht. Einen ähnlichen, wenngleich weniger prägnanten Trend ermittelten seit Ende der siebziger Jahre die (Leipziger) Jugendforscher auch für die DDR<sup>19</sup>. Er zeigte sich bei ihnen – gemäß den landesüblichen Indikatoren – im schwindenden Glauben an die Überlegenheit und Sieghaftigkeit des Sozialismus sowie in einer nachlassenden Bereitschaft, die Disziplingebote oder Karrieremuster des Obrigkeitsstaates umstandslos zu akzeptieren. Und das wiederum äußerte sich in den folgenden Jahren individuell in der Suche nach anderen, selbstbestimmten Lebens- und Arbeitsformen und kollektiv in ethisch, sozial oder ökologisch motivierten Gruppen außerhalb oder am Rande von etablierten Institutionen, insbesondere aber in der Nähe bzw. unter dem Dach der evangelischen Kirchen.

Viele dieser »Alternativen« stammten aus »Intelligenzler«-Familien, etliche waren religiös, doch auch die Nichtchristen unter ihnen schätzten die (in der Regel) tolerante Gesprächsbereitschaft der Kirchenleute und ihre besonderen, eben resistenten, soziokulturellen Milieus<sup>20</sup>.

Was sie bewegte, hatte mit der Fundamentalopposition der früheren Jahre oder der Dissidenz von marxistischen Intellektuellen nur wenig gemein, auch wenn es unter den Aktivisten viele ehemalige SED-Mitglieder gab, die etwa mit Bahro, Havemann oder Biermann sympathisierten. Die Mehrzahl der Zirkel war ursprünglich allenfalls partiell gegnerisch, und auch in den mehrheitlich ökosozialistischen Programmen, die Ende 1989, noch vor der »Wende«, die »Initiative für Frieden und Menschenrechte« und »Demokratie jetzt« oder der »Demokratische Aufbruch« veröffentlichten, wurde zwar die Anerkennung der realen kulturellen und politischen Pluralität der DDR-Gesellschaft postuliert und die Zulassung der vor ihrem Hintergrund entstandenen Organisationen verlangt, es fehlten jedoch Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung der politischen und sozialen Ordnung. Aufgrund des Verbotes, ihre sozialethisch oder explizit religiös begründete Kritik am Wehrkundeunterricht, an der Nachrüstungspolitik oder der Umweltzerstörung öffentlich zu machen, wurden die Gruppen illegalisiert und einzelne Mitglieder – auch wenn Kirchenleute für sie eintraten – inhaftiert, was etliche erst zu system- oder fundamentalgegnerischen Optionen brachte. Im Juni 1989 hatte die Stasi ca. 160 »personelle Zusammenschlüsse«, darunter 150 kirchliche Basisgruppen und ein »Gesamtpotential« von 2500 Personen (ohne »Sympathisanten oder politisch Irregeleitete«) unter Kontrolle<sup>21</sup>. Das waren – selbst wenn die dichte Überwachung und die Prävention gegen »Gruppenbildung« in Rechnung gestellt werden – nicht sehr viele.

19 Vgl. Werner Hennig, Walter Friedrich (Hrsg.): *Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende*, Weinheim 1991; s.a. Walter Friedrich: *Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes?*, in: Jochen Cerny, Dietmar Keller, Manfred Neuhaus (Hrsg.): *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 5, Berlin 1994, S. 123ff.

20 Vgl. dazu die Beiträge in Pollack/Rink (Anm. 4).

21 Zit. nach: Staritz, 1997 (Anm. 17), S. 339.

Doch bedeutsamer als ihre Zahl war ihre Präsenz in den westlichen Medien. Über diese wirkten sie in die DDR zurück, gaben anderen ein Beispiel und ermutigten wohl auch viele von denen, die das Land, statt es zu verändern, verlassen wollten.

*Sechzehntens:* Wäre der Modus vivendi allein von dieser Minderheit aufgekündigt worden, dann hätte jene von mir als Sozialvertrag charakterisierte Übereinkunft wohl noch gehalten. Statt dessen aber nahm die Zahl derer rasch zu, die sich ihn nicht einmal mehr ansehen wollten, weil immer deutlicher wurde, daß dieser Staat auch künftig nicht in der Lage sein würde, den versprochenen Zuwachs an oder wenigstens die Stabilität von materieller Lebensqualität zu gewährleisten<sup>22</sup>. Deutliches Indiz für diese Stimmungslage waren die Ausreiseanträge. Sie anzunehmen, hatte sich die DDR 1975 mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte verpflichtet, weil im KSZE-Prozeß die internationale Anerkennung nur zum Preise einer Beachtung der herkömmlichen Bürgerrechte zu haben gewesen war. Und obwohl sich Partei, Staatssicherheit und der weithin rigide Behördenapparat alle Mühe gaben, den Antragstellern den Ausreisewunsch auszureden, obwohl Anfang der achtziger Jahre Zehntausenden die Ausreise gestattet wurde, nachdem man sie aus der Staatsbürgerschaft entlassen hatte, und die Bearbeitungszeiten verkürzt wurden, wuchs die Zahl der DDR-Müden, und sie waren es, die die Existenz der DDR am heftigsten in Frage stellten.

*Siebzehntens:* Im Rückblick erscheint das Jahr 1975 als das Datum, von dem an der labile Teilkonsens in Frage stand. Vordergründig war es das Jahr, in dem – mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte – die DDR endgültig zu einem anerkannten Mitglied der Staatenwelt, zu einem normalen Staat geworden zu sein schien. Doch für normale Zeiten war sie nicht ausgelegt. Im Kalten Krieg zu ausschließlich lager-(block-)politischen Zwecken (ohne Konsultation des Staatsvolkes) entstanden und an die Lagerkonfrontation als Normalzustand gewöhnt, wurde ihr Staatsgrund in dem Maße fragwürdig, in dem die Ost-West-Spannungen abnahmen und im Innern die Schwierigkeiten wuchsen, die bisherige Gesellschaftsverwaltung wenigstens ökonomisch zu legitimieren. Bislang hatte der Staat sein Demokratiedefizit und seinen Mangel an nationaler Identität durch ein hohes Maß an Außenlegitimation zu kompensieren versucht. Er war Teil des sozialistischen Lagers, sein westlicher Vorposten, und deshalb galt ihm über die Jahre hin die besondere Aufmerksamkeit der Sowjetunion (sowie seit den siebziger Jahren auch die des Westens). Die sowjetische Politik hatte ihr selbst in Zeiten, in denen die Legitimationslücken unübersehbar waren – 1953 oder 1961 – zu relativer politischer Stabilität verholten. Nun, angesichts der intensivierten internationalen Kooperation, verloren in der Sicht der Sowjetführung die Allianzen ihre alte Bedeutung. Leistungswettbewerb und Annäherung der Systeme schienen auf der Tagesordnung zu stehen, und dafür war ein »neues Denken«, waren radikale Reformen in den Ländern des »realen Sozialismus« erforderlich. Bald war es fraglich, ob –

22 Vgl. Staritz (Anm. 17), S.329 ff. Ähnlich sieht es Clemens Vollnhals in seiner Rezension des Pollack-Rink-Bandes: »Der aufgekündigte Gesellschaftsvertrag« in: Süddeutsche Zeitung v. 24/25. Januar 1998, S. 10.

angesichts der veränderten Welt und der wachsenden Vielfalt im Warschauer Pakt – ein sozialistisches Lager überhaupt noch gebraucht werde. Für Staaten wie Polen und Ungarn war diese Gemeinschaft grundsätzlich verzichtbar. Denn – wie auch immer sich diese Länder politisch entwickeln mochten –: Polen bliebe Polen und Ungarn Ungarn. Und die DDR?

Für ihre Führung war das sozialistische Lager seit dem Aufbruch im Innern und dem wachsenden Drang nach draußen («drüben») vor allem als Grenzsicherungsgemeinschaft von Belang, die half, die Überdrüssigen im Lande zu halten, und deshalb war das Aufweichen der Paktstrukturen höchst gefährlich. Auch wenn es scheint, als habe die Spitze die Krisenzeichen nicht wahrnehmen wollen, so hatte sie womöglich doch früher als ihre zunehmend kritische Basis erkannt, daß ein Einschwenken auf den Gorbatschow-Kurs nicht nur ihre Macht, sondern die DDR insgesamt in Frage stellen werde. Das sah die Parteintelligenz offenbar anders. Bis dahin (auch intern) eher zur Rechtfertigung der Verhältnisse als zu ihrer Kritik bereit, gab ihnen Gorbatschow nun die Legitimation für mahrende Fragen nach einer Modernisierung der DDR, für das Einfordern einer Politik gegen die virulenten Auflösungserscheinungen im Lande. Doch bekanntlich wurde sie wie die ganze Gesellschaft mit der Behauptung anhaltend prächtiger Erfolge abgewiesen.

Daß das Mißtrauen der SED-Führung gegen den neuen Mann in Moskau mit Blick auf die Existenz des Staates durchaus Gründe hatte, erschloß sich vielen erst, als sichtbar wurde, wie rasch sich mit dem Umbau der sowjetischen Innen- und Außenpolitik dort wie zuvor schon in einigen Blockländern die Machtstrukturen auflösten und das sozialistische Lager zerfiel. Der Systemwettbewerb war verloren, der Kalte Krieg nahezu beendet, der zum Block geronnene »proletarische Internationalismus« somit nahezu obsolet – und die DDR ohne Existenzgrund, denn ein anderer war ihr nicht zugewachsen. Der Staat stand zur Disposition, und das um so deutlicher, je mehr sich, bald massenhaft und schichtenübergreifend, anschickten, die lange Folgsamkeit aufzukündigen – eine Bewegung, die schließlich auch die SED-Basis erreichte. Otto Reinhold, damals noch Rektor der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften, brachte im Sommer 1989 die Lage auf den Punkt, als er die rhetorische Frage formulierte, welche Existenzberechtigung denn eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben könne, und schnörkellos antwortete: keine.

\*

Wenn ich das Skizzierte mit Blick auf das Ende der DDR und die von mir benutzten Kategorien zusammenfasse, dann waren ihre letzten Jahre bestimmt durch:

- eine signifikante Zunahme von partiell gegnerischen Einstellungen angesichts der Defizite des sozialstaatlichen Outputs,
- die wachsende Dissidenz bei Jungen und Intellektuellen,
- immer selbstbewußter formulierte Forderungen nach Öffentlichkeit und Partizipation,

– die sich rasch verbreitende zivilcouragierte Bereitschaft, sich außerhalb der gegebenen Strukturen für eigene Ziele, autonom, zu organisieren und die Legitimität der Kritik wie die Legalität ihrer Artikulation ostentativ friedlich zu behaupten,

– die Akzeptanz dieses Selbstbewußtseins durch und sein Übergreifen auf die Teile der Gesellschaft (bis dahin: die Mehrheit), die sich noch an die Regeln des Sozialvertrages hielten, sowie durch

– die schließliche Radikalisierung der Forderungen hin zu systemgegenerischen, beschleunigt durch die, die an eine baldige Besserung nicht mehr glaubten und deshalb das Land verlassen wollten, und begünstigt durch eine Parteiführung, die – vor Ratlosigkeit starr – alle Kritik abwehrte, mental mehr zur Repression als zum Dialog neigte, zu massiver Gewaltanwendung aber wohl weder bereit noch angesichts der Neutralität der Sowjetunion fähig war.

Daß es im Sommer 1989 einer anders disponierten Führung hätte gelingen können, sich mit der DDR-Gesellschaft auf einen neuen Staatsgrund zu verständigen, ist allerdings höchst unwahrscheinlich – angesichts der alarmierenden Wirtschaftsdaten wie des nur noch mäßigen Interesses der Welt an einem zweiten deutschen Staat.

Auch wenn im März 1989 die D-Mark und andere nationale Emotionen zunächst zu Mehrheiten führten, die den »eentlichen« Parteipräferenzen nicht entsprachen, so zeigten die Volkskammerwahlen doch – sowohl in der Abwahl der SED wie in der Mißachtung der ökosozialistischen Alternativen –, daß fundamentalgegenerische Überzeugungen deutlich überwogen, daß Konzepte für einen »verbesserlichen Sozialismus«, für den Erhalt einer umzubauenden DDR, nur für Minderheiten attraktiv waren, daß bei der überwältigenden Mehrheit der Ostdeutschen von einem Staatswillen mithin keine Rede war.